

fortums- oder Revisionsfrage anschnitten wird.

Dr. Schacht beschränkte sich auf allgemeinere Erklärungen, er sucht die Lösung der Weltwirtschaftskrise durch rein wirtschaftliche Erwägungen unter Ausschaltung jeglicher politischer Gesichtspunkte.

### Nach im Deutschland Außenpolitik zwangsläufig festgelegt

Im Deutschen Reichstag tritt man sich vergangene Woche wiederholt darum, ob vor Weihnachten noch eine große außenpolitische Aussprache stattfinden sollte oder nicht. Eine Reihe von Parteien fühlen ein parteipolitisches Bedürfnis zu einer derartigen Aussprache. Eine sachliche Notwendigkeit dazu lag nicht vor, denn was der Deutsche Reichstag dem Ausland zu sagen hat, legte sein auswärtiger Ausschuss schon in einer Reihe von Entschließungen nieder, die geradezu ein Weisbuch fanden. Der Reichskanzler und Reichsaussenminister wünschten eine Vertagung der Debatte ins nächste Jahr hinein und konnten sich auch durchsetzen.

Das politische Unbehagen ist zurzeit in keinem europäischen Lande größer, als bei uns.

Das hat seine tieferen Gründe. Zunächst wurde kein Volk durch die Friedensverträge, die am Ende des Weltkrieges stehen, so schwer getroffen, wie das deutsche. Keinem nierte man auch in den Nachkriegsjahren so auf die Brust wie uns. Wir verloren den Weltkrieg, den Ruhkrieg und mühten am Ende der Finanzschwierigkeiten Reparationssummen bezahlen, wie sie in der ganzen Kriegsgeschichte der Menschheit einzig dastehen. Die Rückwirkungen der Weltkrise, unsere eigene volkswirtschaftliche Krise, die Ueberforderung Deutschlands, die industrielle Reservearmee, die berufliche Umschichtung in der Nachkriegszeit, die Entwurzelung ganzer Gesellschaftsgruppen, die Proletarisierung weitester Volkskreise verstärken das Uebel und drohen jetzt dem Haß den Boden anzuschlagen, zumal wir für unsere besonderen Verhältnisse im Auslande kein Verständnis, sicherlich viel zu wenig Erkenntnis finden.

Dabei ist unsere außenpolitische Linie vollkommen geradlinig. Will das Deutsche Reich seine Souveränität wiedergewinnen, dann gibt es nur einen Weg zu diesem Ziele, nämlich die Revision des Friedensvertrages von Versailles.

Würde das Deutsche Reich den Antrag auf Revision heute oder morgen beim Genfer Völkerbund stellen, dann gäbe es nach der einmütigen Auffassung aller Staatsmänner und Diplomaten für uns nur ein Fiasko.

Wit Gewalt den Friedensvertrag zu zerreißen, sind wir bei unserer Entwaffnung außerstande. Es bleibt somit nur übrig, daß wir mit weiser Mäßigung ans Ziel zu kommen suchen. Das gebietet die politische Klugheit. Sie dominiert aber gegenwärtig nicht in unserem Volke. Schwarzseher befürchten sogar, daß die Wogen der Opposition schon bald einmal so hoch gehen können, daß sie den Rest der politischen Vernunft hinwegspülen und Deutschland in eine neue Katastrophe stürzen.

Ausgesprochene Katastrophopolitiker vom Schlage der Moskowiter suchen zielbewußt dieses Schicksal über uns zu verhängen. Das Reichskabinett Brüning-Dietrich stemmt sich mit aller Gewalt dagegen. Noch gibt es im Reichstag eine Mehrheit, die das klar erkennt und auch dementsprechend handelt, doch sie ist gering, geradezu benüglend klein und kann von der Reichsregierung nur mit äußerster Vorsicht und bei höchster Taktik zusammengehalten werden.

Das zeigte wieder deutlich der Vorstoß des Reichslandbundes gegen die Grundlagen unserer gesamten Handelspolitik.

Trotz der Weltkrise vermochte sich unsere Außenhandelsbilanz in den letzten Monaten so günstig zu entwickeln, daß die Engländer mit Reid zu uns herübersehen. Dies beweist, daß unsere Unterhändler beim Abschluß der Handelsverträge, die wir in der Nachkriegszeit tätigen, klug handelten. Unter dem Einfluß des ostbaltischen Agrarismus ist unsere Zollpolitik, was die Agrarzölle betrifft, schon vor einigen Monaten bedenklich radikalisiert worden. Dies führte zu bedauerlichen Störungen in Holland und Finnland. Wenn jetzt die Wünsche unserer Hochschutzzöllner erfüllt würden, dann würden die Zölle für Butter, Eier, Käse, Fleisch, Vieh und Gemüse dermaßen heraufgesetzt werden, daß schwere handelspolitische Verwicklungen, wenn nicht gar Zollkriege mit Holland, der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, Belgien, Frankreich, Italien und Oesterreich zu befürchten wären.

Dadurch würde die deutsche Ausfuhr, die rund 30 Prozent der deutschen Arbeiterschaft ernährt, aufs schwerste betroffen.

Der scharfe Protest von Handel und Industrie gegen die agrarische Hochschutzzollbewegung ist deshalb wohl verständlich und durchaus begründet.

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas finden unsere Räte erfreulicherweise das meiste Verständnis. In diesen Tagen liefen zahlreiche kurzfristige amerikanische Kredite ab. Mancherorts wurde ihre Kündigung befürchtet. Glücklicherweise können wir heute mitteilen, daß

alle amerikanischen Kredite aufstandslos prolongiert

wurden. Dies zeigt, welches Vertrauen man in die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft jenseits des Ozeans hegt, und nicht zuletzt auch, wie man über die Festigkeit den Bestand und die Zielsicherheit der Reichsregierung Brüning in den maßgebenden Finanzkreisen der neuen Welt denkt.

Nicht minder erfreulich ist die scharfe Entgegnung, die der Vorsitzende des Aus-

wärtigen Senatsausschusses in Washington, Senator Borah, seinem Kollegen Reed aus Pennsylvania erteilte. Wenn ein Mann von der weitpolitischen Bedeutung und dem Einfluß Borahs feststellt, daß das alte Deutsche Reich nicht die einzige Ursache des Weltkrieges ist, sondern Frankreich und England an dem Weltkriege die gleiche militärische Mitverantwortung tragen, dann ist diese Zurückweisung der Kriegsschuldfrage einer gewonnenen politischen Schlacht vergleichbar. Die Wahrheit ist auf dem Marsche.

Die Amerikaner denken nicht daran, mit den Franzosen eine „goldene Entente“ einzugehen,

mit ihnen einen Finanzblock gegen das Deutsche Reich oder irgendein anderes Land einzugehen. Die Führer, die von Paris ausgedrängt wurden, erhalten ebenso wie die englischen Führer durch die neuesten Erklärungen Washingtons einen derartigen Schlag, daß sie so schnell nicht wieder ausgedrängt werden dürften.

## Spanien Monarchie oder Republik?!

### Wird diesmal die Entscheidung erzwungen?

#### Flugblätter putzen auf

Gestern mittag kurz vor 12 Uhr MZ wurde von Flugzeugen folgender Aufruf über Madrid abgeworfen:

„Soldaten! In der vergangenen Nacht ist in ganz Spanien die so lange Zeit erwartete und ersehnte republikanische Bewegung ausgebrochen.“

**Boll und Arme vereint haben sie ausgeführt.**

Die Nachrichten, welche die neue Regierung aus allen Provinzen erhält, bestärken den erwarteten Erfolg. Zur Vermehrung leidenschaftlicher Akte und unerschütterlicher Opfer, und um der ganzen Welt zu zeigen, daß das spanische Volk seine Geschicke, so wie sie Gerechtigkeit, Friede und Arbeit erfordern, selbst lenken kann, ist es nötig, daß ihr euch der Bewegung anschleßt,

um so den Bürgerkrieg zu vermeiden.

Wenn ihr so handelt, macht ihr euch um das Vaterland und die Republik verdient; wenn aber eure Schwäche oder eure Gewissenlosigkeit euch gegen diese Bewegung Stellung nehmen läßt, werdet ihr die ersten Opfer der Bewegung sein. Soldaten, es lebe Spanien, es lebe die Republik!“

Dieser Aufruf ist, wie von republikanischer Seite mitgeteilt wird, das verabschiedete Zeichen zum Beginn der Unternehmung.

Der Generalfeldzug ist bis jetzt ausgerufen worden: In Santander, Bilbao, Valencia, San Sebastian, Jaen, Sevilla, Cadix, San Fernando und Barcelona.

#### Die Kanonen donnern

Wie sich jetzt herausstellt, hat der inzwischen im Flugzug nach Portugal geflüchtete bekannte spanische Flieger Major Franco die Absicht gehabt, vom Militärflugplatz Cuatro Vientos aus eine Putzschwebewegung gegen die Madrider Regierung einzuleiten. Die Besatzung des Flugplatzes — insgesamt etwa 500 Mann, sowie mehrere Offiziere, darunter auch der Kommandant des Flugplatzes — hatten sich der Bewegung angeschlossen.

Die Madrider Regierung hatte jedoch sehr bald Mitteilung von den Vorkommnissen auf dem Flugplatz erhalten und schickte regierungstreue Truppen aus, die sofort das Artilleriefeuer auf die Flugplatzanlagen eröffneten. Schon nach kurzer Zeit ergaben sich die Aufständischen. Major Franco und die übrigen Offiziere flüchteten in vier Flugzeugen. Die Regierungstruppen fanden auf dem Flugplatz mehrere Flugzeuge vor, die mit Bomben versehen worden waren. Anscheinend sollten sie dazu dienen, die in den

Flugblättern enthaltene Drohung eines Bombardements der Hauptstadt in die Tat umzusetzen. Ueber die Zahl der Opfer, die die Beschießung des Flugplatzes gefordert hat, ist noch nichts bekannt.

Auch an der spanisch-französischen Grenze ist von der spanischen Grenzpolizei die Kontrolle verschärft worden, um eine Flucht der Aufständischen zu verhindern. Der Grenzschutz ist mit hohem Schnee bedeckt, so daß eine Ueberquerung große Schwierigkeiten bereitet.

#### Hilfstruppen aus Marokko angefordert

In Gibraltar ist eine größere Anzahl von flüchtigen spanischen Republikanern eingetroffen. Sie berichten, daß die Zivilgarde in allen spanischen Städten in der Nähe von Gibraltar republikanische Führer verhaftet habe. Die Madrider Regierung hat eine Abteilung Zivilgarde aus Marokko nach Spanien beordert.

#### Verhaftungen

Wie aus Hendaye an der spanischen Grenze gemeldet wird, berichten dort eingetroffene Zeitungen, daß in Spanien unangeheure Spannung herrsche. In Madrid seien über 20 Mitglieder der republikanischen Partei verhaftet worden.

#### Standrecht!

Nach den am Montagabend aus Spanien in Berlin vorliegenden Meldungen ist der Belagerungszustand im ganzen Lande verhängt worden. Eisenbahnfahrkarten werden an Reisende nicht mehr verabfolgt. Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen mit Nordspanien sind unterbrochen. In Barcelona soll der angekündigte Generalfeldzug misslungen sein. Abgesehen von starken Polizeiausgeboten biete die Stadt das übliche Bild.

#### Keine telephonische Verbindung mit Berlin möglich

Die telephonische Verbindung zwischen Berlin und Madrid ist seit Montagmittag unterbrochen. Wie die spanische Postchaft mitteilt, hat sie seit Sonntagabend keine arischen Mitteilungen aus Madrid erhalten. Die letzte Mitteilung handelte von der Niederwerfung des Aufstandes in Jaca.

#### Eine Prager Ministerstimme: Am richtigsten wäre ein Verbot

Das dem tschechischen Nationalverteidigungsmittler nahebedende Organ „Rokov“ tritt in einem Leitartikel für ein Verbot des Remarque-Films in der Tschechoslowakei ein, indem es darauf hinweist, die Regierung müsse sich gegen den Film stellen, weil seine politische Tendenz geeignet sei, die Kampfkraft der eigenen Bevölkerung zu vermindern. Die Premiere des Films findet übrigens am Freitag in Prag unter dem Protektorat der Liga für Menschenrechte statt.

#### Steigende Arbeitslosigkeit in Italien

Die Zahl der Arbeitslosen, die in Italien am 31. Oktober rund 440 000 betrug, ist bis zum 30. November auf rund 540 000 gestiegen. 142 000 erhalten Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit erhöht sich besonders auf die Landwirtschaft und das Baugewerbe.

## Poincaré lebensgefährlich erkrankt

Poincaré ist ernstlich erkrankt. Der siebzehnjährige Staatsmann hat am Samstagabend einen Schwächeanfall gehabt, von dem er sich bisher nicht erholt hat.

Nach einer Pariser Meldung von heute früh hat sich der Zustand des früheren Ministerpräsidenten Poincaré im Laufe des Montagabends weiter verschlimmert. Nachdem kein Privatarzt bis gegen 20 Uhr an seinem Krankenlager geweilt hatte, wurde er erneut gegen 22 Uhr zu dem Patienten gerufen, dessen Zustand sich verschlechtert hatte. Der Arzt hielt es für ratsam, noch einen Spezialisten hinzuzuziehen, der wenige Augenblicke später in der Wohnung Poincarés eintraf. Als dieser Arzt das Krankenlager verließ, lehnte er jegliche Äußerung über das Befinden des Patienten ab und betraf sich dabei auf das Berufsgeheimnis. In den befreundeten Kreisen des Kranken herrscht größte Besorgnis.

Nach den allerletzten Nachrichten ist der Zustand Poincarés so besorgniserregend, daß man das Schlimmste befürchtet.

#### Ein schlechter Anfang für das neue Kabinett

Die Pariser Rechtspresse legt ihren Kampf gegen das neue, von dem Senator Steeg gebildete Kabinett fort in dem Bestreben, eine Stimmung zu schaffen, die unter Umständen bereits an dem Tage zu einer Niederlage der Regierung führt, da diese vor die Kammer treten wird. Außer im Streite sind dabei der ehemalige Ministerpräsident Loubet und sein Kriegsminister Maginot.

Gleichzeitig üben die Rechtsparteien auf einzelne Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts einen starken Druck aus, um sie zum Wiederaustritt aus der Regierung zu bewegen. Bei zwei Unterstaatssekretären, die zu den Linksrepublikanern, also der Gruppe Lardieu, gehörten, ist dieses Mandat eingekündigt. Inzwischen sind in der Kammer vier Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung angemeldet worden. Es muß nochmals betont werden, daß die Regierung nur dann arbeitsfähig sein wird, wenn sie die volle Unterstützung der Sozialisten erhält. Eine diesbezügliche Lösung der Sozialisten liegt aber bis zur Stunde nicht vor.

#### Waren es doch Giftnebel?

Der belgische Kabinettsrat beschäftigte sich gestern u. a. auch mit dem tobringenden Nebel in Waastal. Die belgische Regierung vertritt die Ansicht, daß der Nebel vergiftet war und beschloß daher, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

#### König Carol liquidiert die Vergangenheit

Von unterrichteter Seite wird gemeldet, daß in Gegenwart des rumänischen Gesandten in Paris und des sozialdemokratischen Abgeordneten Paul-Boncour, der befamlich Rechtsanwalt ist, von der Frau Lambrino in ihrem Heim zu Neully bei Paris ein Vertrag unterzeichnet worden ist, durch den sie gegen eine Entschädigung von 8 Millionen Franken auf alle Ansprüche gegenüber dem rumänischen König Carol verzichtet. Carol habe ein ähnliches Abkommen mit Frau Lupescu getroffen, der eine Abfindung von 2 Millionen Franc und ein Schloß in Siebenbürgen zugesprochen worden sei. Carol hat also alle Bindungen abgestreift, die ihm auch politisch sehr geschadet haben. Er gewinnt dadurch auch größere Bewegungsfreiheit gegenüber der Prinzessin Helene, seiner geschiedenen Gattin. Pelene, die sich stets gewehrt hat, in eine Rückgängigmachung der Scheidung einzuwilligen, wird nunmehr ihren Aufenthalt in Paris nehmen. Sie dürfte Rumänien noch vor Weihnachten verlassen.

#### Wettervorhersage.

Zeitweise aufrischende Winde aus südlichen und östlichen Richtungen. Höchstens vorübergehende Bewölkungsabnahme, vielfach neblig. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Zeitweise leichte Niederschläge möglich. Nebelnähe.

#### Wintersport.

Schiffka. — 0, bedeckt, still, 12 cm, bereift, S. u. R. auf Waldwegen möglich.  
Weißing. — 0, Nebel, still, 6 cm, bereift, St. m. h. l. Nebel auf 1).  
Altenberg. — 1, Nebel, still, 20 cm, 1-2 cm Schneefall, S. u. R. auf 1).  
Oberbärenburg. — 0, still, 13 cm, Pappschnee, S. u. R. möglich.  
Rippdorf-Bärenfeld. +1, Tauwetter, still, 8 cm, Pappschnee, S. u. R. möglich.  
Schellerhan. — 1, Nebel, Nordwest, 15 cm, 1 bis 2 cm geföhrt, S. u. R. auf 1).  
Braunstein. +2, Nebel, still, 11 cm, 1-2 cm Pappschnee, S. u. R. auf Waldwegen mögl.  
Nichtelberg. — 4, Nebel, Nord (Schw.), 23 cm, Pulverschnee, S. u. R. auf 1).

Die Zahlen bedeuten: 1 = Herrliche Winterlandschaft mit zusammenhängender, gleichmäßiger Schneedecke, Raubreisbildungen, Bäume beschneit; 2 = Winterlandschaft gut, Schneedecke etwas verschmutzt und verbarst, stellenweise Raubreis; 3 = Winterlandschaft möglich, Schneedecke stellenweise durchbrochen (geapert), Nebelrein; 4 = Winterlandschaft im Verschwinden begriffen; 5 = Treibendes Frostwetter ohne Schneedecke.

## Widerstand gegen den Remarque-Film in Oesterreich

Im Zusammenhang mit der Bewegung gegen die bevorstehende Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ berichtet das dem Landbund und dem Minister des Innern nahebedende „Neue Wiener Extrablatt“, Innenminister Winkler habe bereits alle Verfügungen getroffen, um die Angelegenheit einer genauen Prüfung zu unterziehen. Er habe zu diesem Zweck die deutsche Regierung um Uebermittlung des Aktenmaterials über den Remarque-Film erlucht, um zeitgerecht im Besiz aller für die Beurteilung dieser Angelegenheit in Frage kommenden Momente zu sein. Die Tatsache, daß ein Verbot in Deutschland mit der Begründung vorliege, daß der Film „das deutsche Ansehen herabsetze“, schaffe naturgemäß für die Behörden in Oesterreich eine doppelt heisse Lage, die rechtlich zu übersehen Minister Winkler für seine Pflicht halte.